

P r o t o k o l l

über die Sitzung der heimattreuen Vereinigung vom 22.7.1940 im Gasthaus zur Traube in Schaan um abends 1/2 9 Uhr.

Präsident Schädler Alois eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden.

Negele Alois: Man sollte der Regierung nahelegen, dass wir nicht dulden, dass Staatsangestellte den Gehalt beziehen und andererseits das Land verraten. Wegen der Angestellten bei der Post, die da mitmachen, würde ich in geeigneter Form die Reklamation bei der Postverwaltung anbringen. Es gibt keine Partei mehr in Liechtenstein, nur noch Liechtensteiner und Verräter. Man sollte den Mut haben, den Verrätern eine Organisation zu verbieten.

Vorsteher Schaan: glaubt, der Fürst sollte die Sache in die Hand nehmen.

Lehrer Kranz: Derjenige, der heute über die Regierung schimpft, der hilft mit untergraben. Wir sollten einen Beschluss zustande bringen, weiter zu organisieren und auf den Tabet zu stehen, dann habe ich noch Hoffnung. Wenn wir über die Parteien und das und dies im Lande schumpfen, dann sind wir falsch daran.

Frommelt: Warum hat die Bürgerpartei nichts getan in dieser Hinsicht?

Kranz: Wenn die Bürgerpartei nichts getan hätte in dieser Sache, wäre ich schon längst ausgetreten.

Thöny: Diejenigen, die vorher für Teile des Volkes gekämpft haben, sollten zusammenstehen und gemeinsam kämpfen. Ich würde eine Organisation in den Gemeinden draussen begrüssen.

Walser Hans: Man sollte auch die Pfadfinder, Jünglinge etc. in die Organisation aufnehmen, Man muss ihnen sagen, dass ein Grund zur Verzweiflung nicht vorliegt. Die Jugend muss erfasst werden.

Frick: Wie steht es mit der Arbeitsbeschaffung? Das ist ein wichtiges Problem.

Kranz: Ich würde in jeder Gemeinde Leute bestellen, die sie LEUTE SAMMeln.

Es wird dann beschlossen, eine Abordnung, bestehend aus den Herren: Präs. A. Schädler, Peter Büchel, Emanuel Konrad, Stoffelt Frommelt und Lehrer Kranz zur Regierung zu entsenden, die die diskutierten Fragen mit denselben besprechen soll. Zur Sprache soll gebracht werden:

- 1.) Arbeitsbeschaffungsproblem
- 2.) Massregelung der verantwortlichen Treiber und insbesondere der Staatsangestellten.
- 3.) Einschränkung des Unterstützungswesens.
- 4.) Bildung eines Pressekomités
- 5.) Strenge Handhabung der Verordnung betr. Massnahmen gegen die Gerüchtemacherei.

6) Abkündigung von oben herab.